

Behindertenpolitik

Etwa 93.000 Kölner Bürgerinnen und Bürger haben eine anerkannte Schwerbehinderung von mindestens 50%. Diese Menschen haben Angehörige und Freund/innen, die ebenfalls direkt davon betroffen sind, ob Menschen mit Behinderung die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich ist oder ob ihnen dies durch Barrieren erschwert wird. Diese Barrieren können baulicher Art sein, sie können in mangelnder Unterstützung bestehen oder als Vorurteile in den Köpfen.

Es ist eine wichtige Erkenntnis, dass Maßnahmen zum Abbau dieser Barrieren für Menschen mit Behinderung zwar zwingend erforderlich sind, dass von diesen Maßnahmen aber letztlich alle profitieren. Der ebenerdige Zugang, die größere Schrift, die deutliche und leicht verständliche Sprache, die erleichterte Orientierung – diese Beispiele zeigen, dass der Abbau von Barrieren Komfort für alle bedeutet.

Seit Gründung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik im Jahr 2004, seit Einrichtung des Büros der Behindertenbeauftragten und Unterzeichnung der Erklärung „Die Stadt und die behinderten Menschen“, der sog. „Erklärung von Barcelona“ durch den Rat im Jahr 2007 spielen behindertenpolitische Aspekte eine zunehmend wichtige Rolle in den Planungen und Maßnahmen der Verwaltung.

Das Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik

Am 10. September 2009 verabschiedete der Kölner Rat das Handlungskonzept für die Kölner Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“. Mit diesem Konzept verbindet sich die Erwartung, dass die Interessen und Bedürfnisse behinderter Bürgerinnen und Bürger eine regelmäßige Berücksichtigung bei städtischen Entscheidungen erhalten. Die 170 Maßnahmen in 12 kommunalen Handlungsfeldern machen den Anspruch deutlich, die zentrale Bedeutung des Barriereabbaus als Querschnittsaufgabe von Verwaltung und Politik zu implementieren. Dies ist Voraussetzung dafür, Teilhabe und Inklusion in der Stadtgesellschaft zu verwirklichen.

Die umfangreichen Diskussionen im Entstehungsprozess des Konzeptes, und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung, haben bereits viel zu diesem neuen Verständnis von Behindertenpolitik beitragen können. Es fordert, Behindertenpolitik nicht länger auf Sozial- oder Gesundheitspolitik einzuschränken, sondern seine Bedeutung genauso in der Stadtentwicklung, der Kultur- oder Jugend- und Schulpolitik zu erkennen. Das vorgesehene Berichtswesen zur Umsetzung des Handlungskonzeptes ermöglicht gleichzeitig ein hohes Maß an Transparenz auch für die Bürgerinnen und Bürger.

Beispiele erfolgreicher Entwicklungen

In den vergangenen Jahren konnten einige wichtige Entwicklungen auf den Weg gebracht werden. Sie zeigen, in welchen unterschiedlichen Feldern behindertenpolitische Aspekte inzwischen Berücksichtigung finden:

- Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat mit Anregungen und Beschlussempfehlungen vor allem zu Themen der Stadtgestaltung und Mobilität wichtige Anstöße zur Weiterentwicklung der Barrierefreiheit in diesen Bereichen gegeben. Die Vertreter/innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen sind zu einem wichtigen Gesprächspartner der Fachverwaltung geworden. Gemeinsam wurden erste verbindliche Standards erarbeitet und vereinbart.
- Die aktive Beteiligung von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen an der Arbeit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik lenkt den Blick auf die unterschiedlichen Bedürfnisse, aber auch auf das Verbindende. Auf der Suche nach guten Lösungen lernen

alle gemeinsam dazu. Das zeigen u.a. die folgenden Beispiele: Bei den Bühnen und in mehreren städtischen Museen gibt es inzwischen technische Ausstattungen für schwerhörige Menschen. Auch die lit.cologne hat ihre Angebote für hörgeschädigte Menschen 2010 nochmals deutlich ausgeweitet und mehrere Lesungen mit Gebärdendolmetscher/-innen durchgeführt. Im Rahmen der städtischen Mitarbeiterfortbildung finden Seminare zum Thema „Leichte Sprache“ statt und im März 2009 ist ein Stadtführer „Einfach Köln“ in leichter Sprache erschienen.

- Die Arbeit im verwaltungsinternen Arbeitskreis Behindertenpolitik hat wesentlich dazu beigetragen, dass behindertenpolitische Aspekte inzwischen in der Arbeit aller Ämter eine stärkere Berücksichtigung finden.
- Das Büro der Behindertenbeauftragten wird zunehmend bereits im Entwurfs- und Planungsstadium an Bauvorhaben beteiligt. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Bereichen – u.a. Kultur, Wohnen, Jugend, Sport, Schule – hat sich deutlich erweitert mit dem Ziel, dass die jeweils spezifischen Aspekte der Barrierefreiheit und Belange von Menschen mit Behinderung bei den fachlichen Planungen berücksichtigt werden. Zu mehreren Themen wurden schriftliche Informationen für die Bürger/innen gemeinsam entworfen und veröffentlicht.
- Durch entsprechende Richtlinien ist inzwischen die barrierefreie Kommunikation der Stadtverwaltung mit den Bürger/innen geregelt.
- Mit der seit 2008 jährlichen Ausschreibung des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik - KIB wird das öffentliche Augenmerk auf die Kompetenzen behinderter Menschen gelenkt, auf die Chancen des gemeinsamen Erlebens und Handelns und die daraus entstehenden kreativen Projekte. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass der Preis eine große Ermutigung für alle Beteiligten, aber auch für potentielle Nachahmer ist.
- In der Vergangenheit gab es bereits zu einzelnen Themen eine Zusammenarbeit mit den Stadtarbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik und Lesben, Schwule Transgender sowie dem Interkulturellen Referat und dem Amt für Gleichstellung, um gemeinsame Anliegen besser berücksichtigen zu können. Ein wichtiger Schritt ist, dass die Seniorenvertretung seit Anfang 2010 einen Vertreter/eine Vertreterin in die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik entsendet.

Die Weiterentwicklung Kölns zu einer lebenswerten Stadt für Menschen mit Behinderungen birgt die Chance für mehr Lebensqualität für alle!

„So ist bekannt, dass eine barrierefrei zugängliche Umwelt für etwa 10 % der Bevölkerung zwingend erforderlich, für etwa 30 bis 40 % notwendig und für 100 % komfortabel ist, also ein Qualitätsmerkmal darstellt.“

(Dr. Peter Neumann, Vorsitzender des Europäischen Institutes „Design für alle in Deutschland e.V.“)